



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein unrichtiger Vergleich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

tretung der erwähnten Ländergruppen könnte die einheitliche Executivgewalt bilden, für Kriegsfälle wäre Bundeshilfe, überhaupt der Maßstab des Beitrags zu gemeinschaftlichen Auslagen durch Vertrag festzustellen.

Vor allem sage man offen, ehrlich und wahr, was man gewähren will; halbe Zusagen, rüchhaltige Gedanken, zweideutige Handlungen können das Mißtrauen nur noch steigern nicht heben. Beispiele sind gehässig, eins müssen wir aber dennoch anführen unsrer Rechtfertigung halber. Es dürfte nicht bestritten werden, daß Oestreich bei der Zusammenkunft in Tepliz aufrichtiges Eingehn auf deutsche Interessen, zunächst confessionelle Gleichstellung und Gewährung von Verfassungen nach der deutschen Bundesacte zusicherte. Da hören wir nun, daß unser Erzherzog-Statthalter eben nach jenem Tage von Tepliz, am Vorabend des salzburger Festes, den Auftrag zu einer Denkschrift gegen die Ansässigmachung der Protestanten in Tirol gab, um sie dem künftigen Landtag vorzulegen. Für das deutsche Tirol gilt also jene Gleichstellung noch als eine offene Frage! Wir fürchten sehr, daß die Gewährung politischer Rechte in Oestreich noch lange im selben Falle sein wird.

Ein unrichtiger Vergleich.

In der 15. Plenar Sitzung des verstärkten Reichsraths am 21. September verwies der Ministerpräsident Graf Rechberg in Betreff der Valutafrage auf Vorgänge in England. Das werde man doch — so geben wiener Blätter die Bemerkung des Ministerpräsidenten — weder ein creditarmes noch ein politisch unfrieses Land nennen, und wie hoch hätten sich dafelbst die Schwankungen der Valuta von 1792 bis 1820 belausen? Ebenso wie damals in England, so seien diese Schwankungen der Valuta in Oestreich während der jüngst vergangenen Jahre und im gegenwärtigen Augenblicke vornehmlich die Folgen äußerer Verhältnisse, in denen eine Veränderung herbeizuführen, außer der Macht der Regierung liege. — Es scheint doch ein kleiner Unterschied Beachtung zu verdienen. Die Ursache der Bankrestriction in England von 1797 bis 1819 war der ungeheure Aufwand für den Krieg gegen die Republik und gegen das Kaiserreich der Franzosen, wobei die Bank durch ihre Mittel die Regierung unterstützte. Diese Mittel wurden dem Handel entzogen, und die Anschaffung von Gold zur Einlösung der Noten nahm vollends ihre Kräfte in Anspruch. Da verbot am 27. Februar 1797 (im fünften Kriegsjahr) die Regierung der Bank, ihre Noten einzulösen. Am nämlichen Tage gab eine zahlreiche Versammlung der angesehensten Geschäftsleute unter dem Vorsitze des Lord Mayor einstimmig die Erklärung: daß sie nach wie vor die Banknoten in Zahlung nehmen und geben würden. Am dritten Mai genehmigte das Parlament die Maßregel der Regierung, nachdem eine Commission den Stand der Bank geprüft und gesund gefunden hatte. Während des Krieges war der tiefste Stand der Banknoten 15 Procent unter dem Werthe der Goldbarren; kurz vor dem Frieden 1814 sank er bis 25 Procent. Man stritt damals, ob der Unterschied von dem Steigen des Goldes oder von dem Fallen des Papiers herrühre. Im Jahre 1819 brachte Sir Robert Peel das Gesetz über die Wiederaufnahme der Baarzahlungen, welches vom Parlament angenommen und dann auch vollzogen wurde. Während der ganzen Periode wirkten Regierung, Parlament und Volk zusammen für die Erhaltung des öffentlichen Credits, trotz des unermesslichen Aufwandes für Krieg und Subsidien. Weit mehr Aehnlichkeit mit der Lage der österreichischen Finanzen scheint die englische Wirthschaft von 1688 zu haben, deren Folgen dann Wilhelm von Oramen übernehmen und überwinden mußte.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moritz Busch.

Verlag von F. L. Herbig — Druck von C. E. Gebert in Leipzig.